

## Editorial

Piotr Kocyba, Aleksandra Lewicki

# Shrinking Spaces für die Zivilgesellschaft Aktivismus unter illiberalen Vorzeichen

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2020-0050>

Wenige Tage vor der Fertigstellung dieses Themenheftes erreichte der Streit um die homophoben „LGTBQ\*-ideologiefreie Zonen“,<sup>1</sup> die nun beinahe ein Drittel der Fläche Polens abdecken, eine neue Eskalationsstufe. Nachdem die Europäische Kommission mehrere „LGTBQ\*-freie“ Gemeinden Polens von der Vergabe von Fördermitteln für Städtepartnerschaften ausgeschlossen hat, stellte u. a. der stellvertretende Minister für Staatsvermögen, Janusz Kowalski, in einem Interview fest: „Wir sollten ein Gesetz verabschieden, das die öffentliche Finanzierung jeglicher Aktivitäten von Organisationen, die sich direkt für die Förderung von LGTBQ\*-einsetzen, verbietet, sei es auf Regierungs- oder Kommunalebene.“<sup>2</sup> Zwar handelt es sich nur um eine symbolische finanzielle Strafe seitens der EU, weil hier nur sechs polnische Gemeinden betroffen sind und pro Städtepartnerschaft jährlich lediglich bis zu 25.000 EUR bezuschusst werden können, doch fiel die Reaktion (auch anderer Regierungsvertreter\*innen) harsch aus. Sollte die Drohung des stellvertretenden Ministers Realität werden, würden LGTBQ\*-Aktivist\*innen nicht nur in 28 Gemeinden, 18 Landkreisen und vier Wojewodschaften stigmatisiert, sondern in ganz Polen von der öffentlichen Finanzierung ausgeschlossen werden. Selbst wenn Janusz Kowalskis Drohung kaum realisierbar erscheint, zeigt sie doch plakativ, worum es in diesem Themenheft geht: um die in autoritären und illiberalen Regimen übliche Praxis, solche zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu bekämpfen, die man als feindlich einstuft.

---

1 Seit März 2019 werden Gemeinden, Kreise und Woiwodschaften – v. a. im Südosten Polens – zu solchen Zonen erklärt. Die Initiative ging von regressiven zivilgesellschaftlichen Organisationen aus, die entsprechende Vorlagen erarbeitet und unter ultrakonservativen Politikern der PiS sowie Abgeordneten des Spektrums rechts davon beworben haben. Das bekannteste Beispiel hierfür stellt die *Familiencharta* von *Ordo Iuris*, einem der einflussreichsten erzkonservativen Think Tanks in Polen, dar. Die „LGTBQ\*-ideologiefreie Zonen“ sind Teil einer breiter angelegten homophoben Kampagne, die in Polen seit 2019 auch von der Regierung sowie den öffentlich-rechtlichen Medien sukzessive vorangetrieben wird.

2 Wiceminister chce, żeby cała Polska była „strefą wolną od LGBT“. „Taka ustawa powinna być normą“ [Der stellvertretende Minister möchte, dass ganz Polen eine „LGTB-freie Zone“ wird. „Ein solches Gesetz sollte die Norm sein.“]. 29. Juli 2020, [www.gazeta.pl](http://www.gazeta.pl)

## Shrinking Spaces – ein globaler Trend, auch in demokratischen Gesellschaften

Dabei sind es nicht nur autoritäre oder ultrakonservative Regierungen (wie die polnische), die zivilgesellschaftlichen Aktivismus stigmatisieren, erschweren oder gar verunmöglichen. Es handelt sich mittlerweile um ein globales Phänomen, das in den letzten Jahren stetig zugenommen hat. Laut dem Monitor von Civicus, einer internationalen NGO, die sich der Stärkung der Zivilgesellschaften weltweit verschrieben hat, kann der Raum für die Zivilgesellschaft in nur 43 der 196 untersuchten Staaten als *Open* bezeichnet werden – gleichzeitig leben nur drei Prozent der Weltbevölkerung in diesen offenen Gesellschaften. Zum Vergleich: 27 Prozent sind von *Closed*, 40 Prozent von *Repressed*, 16 Prozent von *Obstructed* und 14 Prozent von *Narrowed Spaces* betroffen.<sup>3</sup> Die überwiegende Mehrheit der Menschheit kann sich damit nicht frei zivilgesellschaftlich engagieren. Und dieses Phänomen betrifft nicht nur undemokratische Staaten oder Konfliktregionen, wo Aktivismus teilweise Gefahr für Leib und Leben bedeutet und wo von *Closed Spaces* gesprochen wird (wie etwa in Ägypten oder in Libyen).

Auch in etablierten Demokratien des sogenannten Westens wird progressives Engagement behindert. Ivan Kalmars Aktuelle Analyse, die dem Themenschwerpunkt vorangestellt ist, erinnert uns daran, dass auch liberale Verfassungen, wie die der USA, in den Händen eines autoritären Präsidenten illiberalen politischen Praktiken Vorschub leisten können. Kalmars Beitrag zeichnet auffällige Parallelen im Politikstil von Donald Trump, Wladimir Putin und Viktor Orbán nach: Trotz verschiedener historischer Ausgangslagen und geographischer Provenienz begrenzen die drei Machthaber die öffentliche Auseinandersetzung und die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Mobilisierung mit teilweise vergleichbaren Mitteln. Kalmar illustriert den Zusammenhang zwischen öffentlichkeitswirksamer Mythenbildung und Diskursbegrenzung am Beispiel der Inszenierung von Sportspektakeln. Politik als Spektakel, so Kalmar, zielt mit emotionalen Appellen darauf, Menschen für Ideologien zu begeistern, ohne eine Diskussion erst notwendig zu machen. Dies hat eine weitreichende Erklärungskraft für die feindliche Einstellung dieser Regime gegen unabhängige wie kritische zivilgesellschaftliche Organisationen. Der Zivilgesellschaft ist nämlich eine Vielfalt an Stimmen eingeschrieben, die von politischen Entscheidungsträgern Antworten auf kritische Fragen verlangen und damit eine Debatte per se in Bewegung setzen. Eine vergleichbare Machttechnik lässt sich auch im deutschen Kontext beobachten:

---

<sup>3</sup> Monitor. Tracking Civic Space. <https://monitor.civicus.org/>

Öffentlichkeitswirksam punktet die AfD mit der Illusion vereinfachter Lösungen für politisch komplexe Problemlagen. Wo sie selbst bereits kommunale und regionale Regierungsverantwortung übernimmt, werden u. a. Handlungsspielräume für progressiven Aktivismus systematisch begrenzt.

Helmut K. Anheier und Stefan Toeplers Beitrag weist hier auf eine strukturelle Entwicklung hin, die diesen Trend weiter begünstigt. Ihr Beitrag zu diesem Themenheft zeigt, dass wir es in westlichen Demokratien mit einer Stagnation der rechtlichen Rahmenbedingungen zu tun haben, die umso virulenter ist, da der zivilgesellschaftliche Sektor an Bedeutung gewonnen hat – und weiter wächst. Deshalb sprechen Anheier und Toepler von einer *politischen Vernachlässigung*, in deren Konsequenz zivilgesellschaftliche Akteur\*innen ihr volles Potenzial nicht ausschöpfen können. Klassische Beispiele hierfür stellen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac oder Campact dar, die Konsequenz einer nicht mehr zeitgemäßen und zu engen Abgabenverordnung sind. Auch ist hier auf Bemühungen hinzuweisen, welche die Finanzierung von Terrorismus und Geldwäsche verhindern sollen (vgl. etwa die *Financial Action Task Force*) und international agierende zivilgesellschaftliche Organisationen vor immense Schwierigkeiten stellen. Dabei lassen demokratische Staaten es zu, dass sich durch solche veralteten oder neuen Regularien die Bedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement verschlechtern. Und genau diese Vernachlässigung ist es, die – gewollt oder unbeabsichtigt – langfristig eine signifikante Bedrohung der Zivilgesellschaft auch in etablierten Demokratien westlichen Typus darstellen könnte. Der Civicus Monitor zeigt hierzu, dass auch innerhalb der EU nur die Hälfte der Mitgliedsstaaten als *Open* zu bezeichnen ist – zwölf Staaten gelten als *Narrowed* und Ungarn gar als *Obstructed*.

## Fallbeispiele autoritärer und illiberaler Regime

Die in dem Themenschwerpunkt behandelten Fallbeispiele beziehen sich auf drei klassische autoritäre bzw. hybride Regime: Russland, die Türkei und Ungarn. Mit Russland beschreibt Barbara von Ow-Freytag das wohl bekannteste Beispiel für die Einschränkung zivilgesellschaftlichen Engagements. Dabei zeichnet sie zunächst das „barbarische Verhältnis“ des russischen Staates zu seiner Gesellschaft (und damit auch zur Zivilgesellschaft) nach. Die Übergriffe der Sicherheitsbehörden werden zunehmend brachialer und zielen mittlerweile nicht nur mehr auf Demonstrierende, sondern auch auf unbeteiligte Passant\*innen ab. Die Tragweite der Repressalien in Russland – das laut dem Civicus Monitor wohl gemerkt ‚nur‘ als *Repressed* und nicht als *Closed* gilt – zeigt allein der Umstand, dass heute

mehr politische Gefangene gezählt werden als zu Zeiten der Sowjetunion. Verantwortlich hierfür ist eine Entwicklung, die Ow-Freytag als „repressive Spirale“ bezeichnet und in deren Konsequenz die Räume für unabhängige wie kritische Aktivitäten zunehmend schrumpfen. Zentral hierfür sind zum einen das „Ausländische Agenten Gesetz“, das sich als ‚Exportschlag‘ russischer Unterdrückung der unabhängigen Zivilgesellschaft erwiesen hat, sowie das Gesetz über „unerwünschte ausländische Organisationen“. Und obwohl dieser enge juristische Rahmen russischen zivilgesellschaftlichen Organisationen erheblich zugesetzt hat: Aktuelle Umfragen zeigen eine Trendwende in der Einstellung der Bevölkerung. Während das Vertrauen in die Lösungskapazitäten des Staates und die Zustimmungswerte für Präsident Putin sinken, steigt das Vertrauen in die Zivilgesellschaft. Auch wird trotz der harten Repressalien demonstriert, etwa gegen die Festnahme des Journalisten Iwan Golunow 2019 wegen fingierten Drogenvorwürfen oder gegen den Bau einer Mülldeponie im nördlichen Schijes – und das mit Erfolg! Die Zivilgesellschaft Russlands hat es nämlich geschafft, so von Ow-Freytag, neue Nischen im unterdrückten Raum zu erobern. Hier ist unter anderem – und vielleicht vor allem – an den Einsatz neuer Technologien („civic tech“) zu denken. Dabei geht es nicht nur um die Zurverfügungstellung von Informationen und Aufklärung, die zweifelsohne eine zentrale Bedeutung haben. Eine große Rolle nehmen auch digitale Tools zur Organisation von Protest oder mobile Spiele ein, die jungen Russ\*innen zeigen, wie sie mit Sicherheitsorganen umgehen sollen.

Die jüngste Entwicklung der Covid-19-Pandemie könnte zudem die Zivilgesellschaft stärken. Denn vor dem Hintergrund des schwachen Gesundheitssystems und der zu erwartenden Wirtschaftskrise könnte die Zivilgesellschaft ihre Stärke ausspielen, unkompliziert wie unmittelbare Hilfe zu leisten (wie etwa von der Nachbarschaftshilfegruppe „Covidarnost“), und das Vertrauen der Bevölkerung weiter steigern. Die Frage ist nur, ob das System Putin das zulässt oder die Räume für Engagement weiter schließt. Die aktuellen Proteste nach der Absetzung und Festnahme des Gouverneurs Sergej Furgal im fernen Osten Russlands (in der Region Chabarowsk) darf als ein Lackmustest für die Entwicklung nach dem sogenannten Verfassungsreferendum betrachtet werden.

Ein weiteres Beispiel für ein mittlerweile klassisches autoritäres Regime, dass die progressive Zivilgesellschaft aktiv bekämpft, stellt die Türkei dar. Hier zeigt Anıl Al-Rebholz an den Beispielen der Frauenbewegung und der Dezentralisierung, welche Konsequenzen die autoritäre Wende für zivilgesellschaftlichen Aktivismus hat. So sind feministische NGOs heute weitgehend marginalisiert. Unterstützt werden hingegen Frauenorganisationen, die konservative Familienpolitik und hier vor allem die *vergeschlechtlichten Wohlfahrtspraktiken* der AKP-Regierung fördern. Dies geschieht etwa im Rahmen einer finanziellen Unterstützung auf der durch die Dezentralisierung gestärkten regionalen und lokalen Ebene – und meist

im Kontext anstehender Wahlen sowie vor dem Hintergrund klientelistischer Abhängigkeiten. In der Konsequenz erhalten karitative und regierungsfreundliche, konservative Frauen-NGOs die überwiegende Mehrheit der öffentlichen Mittel, mit denen die Folgen einer neoliberalen Politik aufgefangen und die Zivilgesellschaft weiter durchdrungen werden soll. Es sind nämlich Frauen, die als Mutter oder Ehefrau das Gros der Fürsorgearbeit stemmen, während sie selbst häufig nur über ihre Ehemänner oder Väter Zugang zu öffentlichen Wohlfahrtsleistungen erhalten. Eine solche Konstellation potenziert Abhängigkeiten und patriarchale Dynamiken. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen diskutiert Al-Rebholz, ob in der Türkei überhaupt noch minimale Voraussetzungen für das Funktionieren einer unabhängigen Zivilgesellschaft gegeben sind. Ihr Verdikt hat dennoch einen optimistischen Anklang. Unter Verweis auf die Gezi-Park-Proteste von 2013 zeigt sie auf, dass trotz gegenläufiger Bemühungen der AKP-Regierung es vor allem die junge Generation der Türk\*innen war, die sich hier solidarisch zeigte und für ihre und die Interessen anderer demonstrierte. Ergänzt werden kann auch, wie sich aktuell deutlich zeigt, dass Frauen und feministische NGOs trotz der Durchdringungsversuche seitens der AKP nicht mehr bereit sind, die Gewalt, der sie seit der Machtübernahme der AKP ausgesetzt sind, hinzunehmen. Die heftigen Proteste, die dem Mord an der 27-jährigen Studentin Pinar Gültekin Ende Juli 2020 folgten, stellen ein beeindruckendes Zeugnis dieser Wende dar (Engler 2020).



Das letzte Fallbeispiel in dem Themenschwerpunkt beschäftigt sich mit Ungarn, wo die Regierung Orbán als emsiger Lehrling insbesondere der russischen Verhältnisse gilt. Dániel Mikecz skizziert dabei zunächst die Geschichte des Konflikts zwischen dem Fidesz-Regime und der unabhängigen Zivilgesellschaft, der mit dem Erdrutschsieg der Fidesz bei den Parlamentswahlen von 2010 einsetzte (Orbán's Partei erhielt eine Zweidrittelmehrheit der Sitze im Parlament). Um nur einige Schlaglichter zu erwähnen: Die ungarische Regierung hat 2011 das System der Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen durch eine Neugründung der entsprechenden Institution übernommen und die Ziele zivilgesellschaftlichen Aktivismus neu definiert. Seitdem wird u. a. „die Stärkung der nationalen Einheit“ als Priorität ausgegeben. 2014 hat Viktor Orbán in seiner berühmten Rede, in der er den Begriff des illiberalen Staates prägte, solche Organisationen als *zivil* bezeichnet, die der nationalen Gemeinschaft dienen – Wachhund-Organisationen hingegen seien „vom Ausland bezahlte Aktivisten“. Konsequenz folgte 2017 die ungarische Version des russischen „Ausländische Agenten Gesetzes“ (das allerdings laut einem Urteil des EuGH vom Juni 2020 gegen EU-Recht verstößt). Zwischendurch gab es regelmäßige öffentlich finanzierte Hetzkampagnen gegen zivilgesellschaftliche Watchdogs, die auch vor antisemitischen Tönen nicht zurückschreckten und vor „Soros-Organisationen“ warnten. Vor diesem Hintergrund geht Mikecz der Frage nach, ob die ungarische Regierung diskursive Gelegenheitsstrukturen für die unabhängige Zivilgesellschaft erfolgreich eingeeignet hat. Auf der Grundlage einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage kann er zeigen, dass Fidesz' Bemühungen nur bedingt Früchte trugen. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben in der ungarischen Gesellschaft eine hohe Legitimität, auch wenn karitative NGOs hier auf größere Zustimmung bauen können als politische Organisationen, die sich auch über internationale Mittel finanzieren.

## Begriffsreflexion – von Shrinking zu Contested Spaces

Den Themenschwerpunkt schließt ein Aufsatz ab, in dem Siri Hummel eine Begriffsreflexion vornimmt. Die Rede von *Shrinking Spaces*, so die Autorin, überdeckt ein Paradox. Während sich global ein Schrumpfen von Handlungsräumen für zivilgesellschaftlichen Aktivismus abzeichnet, kann empirisch in den meisten Staaten eindeutig ein Anwachsen der Zivilgesellschaften, und sei es nur der regierungskonformen, häufig karitativen NGOs, belegt werden. Dafür zieht Hummel drei Fallbeispiele unterschiedlicher Regierungsformen heran: Deutschland als Vertreter\*in einer repräsentativen Demokratie westlichen Typus, Polen als Trans-

formationsland, das sich seit der Machtübernahme durch die erzkonservative PiS auf dem Weg der demokratischen Dekonsolidierung befindet, sowie Russland, das als „gelenkte“, „simulierte“ oder „defekte Demokratie“ bezeichnet wird. In den drei Fällen können dabei analoge Prozesse, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, beobachtet werden: Während überall in unterschiedlichem Ausmaß die Handlungsräume für zivilgesellschaftliche Akteur\*innen schrumpfen (entweder durch das, was Anheier und Toepler als *politische Vernachlässigung* bezeichnet haben, oder durch direkte Einflussnahmen), wächst nicht nur der Sektor der Zivilgesellschaft insgesamt, sondern auch der politische Aktivismus. In Polen ist etwa die feministische Bewegung des „Schwarzen Protests“ im Aufstieg, in Russland kann auf die Aktivitäten Alexej Nawalnys oder aktuelle Umweltproteste verwiesen werden. Deshalb ist es weniger zutreffend, pauschal von *Shrinking Spaces of Civil Society* zu sprechen. Häufig wird kritischer Aktivismus erst durch die Versuche, Handlungsräume zu schmälern oder gar zu beseitigen, provoziert. In Konsequenz appelliert Hummel dafür, die einzelnen Fallbeispiele genauer zu analysieren und dort, wo es eine komplexe Interdependenz restriktiver Maßnahmen und progressiver Aktivitäten gibt, von *Contested Spaces* zu sprechen. Dadurch können beide Tendenzen der Abnahme und Zunahme der Spielräume für die Zivilgesellschaften präziser abgebildet werden.

## Die Covid-19-Pandemie und ihre Konsequenzen für die Zivilgesellschaft

Direkten Bezug zum Themenschwerpunkt nehmen zudem zwei Beiträge der Rubrik *Pulsschlag*. Felix Bethke und Jonas Wolff werfen hier einen Blick auf jüngste Einschränkungen der Bürger\*innenrechte. Bis Mitte Juni 2020 wurde in 86 Ländern der Notstand verhängt, in 35 Staaten gab es Einschränkungen für die Meinungs- und in 116 Staaten für die Versammlungsfreiheit. Die Autoren warnen, auch vor dem Hintergrund der Konsequenzen des 9/11, vor einem „governmental overreach“. Einmal gewährte exekutive Sonderrechte sind – insbesondere in autoritären und illiberalen Staaten – mitunter schwer rückgängig zu machen. Deshalb müsste es eine stärkere parlamentarische und judikative Kontrolle solcher Notfallmaßnahmen geben, die nur für kurze Zeiträume und mit einem präzise benannten Ende verabschiedet werden sollten. Zudem müssen zivilgesellschaftliche Akteur\*innen überall dort in den Entscheidungsprozess eingebunden werden, wo ihre Gestaltungsräume tangiert werden. Das Beispiel Ungarn zeigt, wie solche Bedenken systematisch ignoriert wurden. Die Regierung Orbán hat auf jegliche Konsultation, auch mit der Zivilgesellschaft, verzichtet und Notstands-

gesetze erlassen, die sich automatisch verlängern. Gleichzeitig wurde die freie Meinungsäußerung unter der Androhung von Gefängnisstrafen eingeschränkt. Es ist wohl kein Zufall, dass auch hier das Fidesz-Regime zur Avantgarde des Covid-19-bedingten Einschränkens der Bürger\*innenrechte in Europa gehört.

Einen Blick auf das Mobilisierungspotenzial, das die – in den verschiedenen Ländern und sogar innerhalb der Staaten unterschiedlich strengen – Lockdowns mit ihren tatsächlichen Einschränkungen der Bürger\*innenrechte für rechte Bewegungen hatten, wirft Verena Stern in ihrem Beitrag. Dabei arbeitet sie heraus, wie fruchtbar mittlerweile der Boden für die Mobilisierung von rechts ist, den rechtspopulistische Akteure\*innen in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren bereitet haben. Allein die Gegenüberstellung zwischen einer („volksfeindlichen“) Elite, die in dunkle Machenschaften verstrickt sei, mit einem widerstandsfähigen Volk genügte, um nicht nur Rechtsextremist\*innen, sondern weit in die Mitte der Gesellschaft zu mobilisieren. Und dennoch sollte das Freiheitsframing der Proteste nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier verschwörerische, antisemitische und rassistische Inhalte unter dem Deckmantel des Kampfes für Bürger\*innenrechte transportiert werden.

Der dritte Beitrag zum Pulsschlag widmet sich schließlich einer progressiven Bewegung, deren Mobilisierungskraft – ob oder trotz ihrer Nähe zu und Verknüpfung mit einer etablierten sozialdemokratischen Partei – vom wachsenden Aufschwung des Illiberalismus beeinflusst ist. Felix Anderl analysiert die Allianz zwischen der Britischen Labour Partei und der gesellschaftlichen Bewegung Momentum, deren Prominenz und Durchsetzungskraft u. a. an internen Auseinandersetzungen um den Brexit gelitten hat. Momentum, das zunächst das sozialdemokratische Parteiprogramm erfolgreich stark nach links verschob, organisierte die bisher weitreichendste und kreativste Mobilisierung für nationale Wahlen – dennoch kam es zur „krachenden“ Niederlage. Anderl untersucht anhand des Begriffs der Niederlage das spannungsgeladene Verhältnis von Partei und Bewegung. Schließlich waren es auch die „alteingesessenen“ Zirkel in der sozialdemokratischen Partei selbst, die die von Jeremy Corbyn angeführte gesellschaftliche und parteiinterne Bewegung untergruben und den Wahlsieg verhinderten. Das britische Beispiel verdeutlicht, dass liberale und illiberale Kräfte auch zusammenwirken können und dabei Handlungsspielräume für progressiven Aktivismus einschränken.



## Der Stand der Bewegungsforschung im Contested Space

Mehrere Beiträge zur Literaturreihe widmen sich dem Themenschwerpunkt. Kristina Chmelar bespricht Philipp Thers *Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation*, das die gegenwärtige Konjunktur des Illiberalismus in westlichen wie postkommunistischen Demokratien mit dem Aufstieg des globalen Neoliberalismus des letzten Jahrhunderts in Zusammenhang bringt.

Luca Mieke setzt sich mit dem Sammelband *Safer Field Research in the Social Sciences. A Guide to Human and Digital Security in Hostile Environments* auseinander, der von Jannis Grimm, Kevin Koehler, Elisabeth Lust, Ilyas Saliba und Isabelle Schierenbeck herausgegeben wurde. Der Band betrachtet die Shrinking Spaces für die Wissenschaft anhand einer Vielzahl von Fallstudien globaler Relevanz, und bietet praxisorientierte methodische Inspirationen für Wissenschaftler\*innen, die unter restriktiven Bedingungen forschen.

Matthias Freise bespricht eine Intervention in den privaten Sektor, nämlich das Buch von Florentine Maier und Ruth Simsa, das sich mit dem *Management solidarökonomischer Unternehmen* auseinandersetzt, und einen Leitfaden für Demokratie und Nachhaltigkeit bietet. Kai-Uwe Hellmann rezensiert Wolfgang Königs *Geschichte der Wegwerfgesellschaft. Die Kehrseite des Konsums* und bietet damit eine Brücke zum nachfolgenden Themenschwerpunkt des Forschungsjournal *Soziale Bewegungen*, der sich mit Umweltaktivismen auseinandersetzen wird.

In der Rubrik *ipb beobachtet* werfen Piotr Kocyba und Dániel Mikecz einen Blick auf den Stand der Bewegungsforschung in Ostmitteleuropa, wobei sie sich vor allem auf die beiden Fallbeispiele konzentrieren, in denen jüngst der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement eingeschränkt wird: Polen und Ungarn. Die aktuellen Tendenzen wirken dabei vor dem Hintergrund der Bedeutung, die die Zivilgesellschaften für den Fall der kommunistischen Regime erlangten, paradox – insbesondere, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass beide Parteien, sowohl die polnische PiS als auch die ungarische Fidesz, ihren Ursprung in jener breiten zivilgesellschaftlichen Bewegung haben, die sich gegen einen Staatskommunismus und für Bürger\*innenrechte und Demokratie einsetzte. Die Autoren zeigen in ihrem Beitrag, dass sich trotz der teilweise moralisch überhöhten Bedeutung, die der Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa zugeschrieben wurde, keine starke Tradition der Bewegungsforschung etablieren konnte. Einer der Hauptgründe hierfür könnte in Beobachtungen liegen, die vornehmlich in den 1990er Jahre von einem (enttäuschenden) Abflachen zivilgesellschaftlichen Aktivismus ausgingen. Mit Protestwellen, die häufig in Reaktion auf die Etablierung regressiver Regime entstanden (siehe Hummels Beitrag in diesem Heft, in

dem sie beobachtet, dass Versuche, die Räume zu schließen, zu mehr Aktivismus führen können), erscheint aber das Urteil einer typisch postkommunistischen Lethargie als überholt und ruft nach neuen Forschungsprojekten. Dabei richten Kocyba und Mikecz einen Appell an westliche Kolleg\*innen, insbesondere der jungen Generation an Bewegungsforscher\*innen in Ungarn durch eine Einbeziehung in internationale Projekte zu helfen. Mittlerweile gerät nämlich nicht mehr nur die Zivilgesellschaft in Ungarn unter Druck – auch die Sozialwissenschaften und die Bewegungsforschung kämpfen mit Verleumdungskampagnen und Übernahmeversuchen durch die Regierung. Mit beidem hat einer der beiden Autoren, Dániel Mikecz, als Angestellter der inzwischen ehemaligen Akademie der Wissenschaften direkte Erfahrungen gesammelt. Vor diesem Hintergrund erscheint es umso dringlicher, das wissenschaftliche Augenmerk auf das Thema der Unterdrückung nicht nur zivilgesellschaftlicher, sondern aller unabhängigen gesellschaftlichen Triebkräfte zu legen, und Kolleg\*innen wie Aktivist\*innen auch solidarische Hilfe zu leisten.

Piotr Kocyba (Chemnitz), Aleksandra Lewicki (Brighton)

## Literatur

Engler, David: Frauen in der Türkei. Der eine Mord zu viel? 23. Juli 2020, [www.zeit.de](http://www.zeit.de)